

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Verleger: S. G. Reinhardt & Co. AG
Post für Nachrichten: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 18. bis 31. Oktober 1927 bei täglich einmaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk. (Vollbezugpreis für Monat Oktober) Mark ohne Postgebühren.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 5 Pfg. für 10 Zeilen, für 100 Zeilen 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg. außerhalb 25 Pfg. bis 50 mm breite Reklamazeile 20 Pfg. außerhalb 35 Pfg. Übergangsgebühr 10 Pfg. Nam. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/42
Druck u. Verlag von S. G. Reinhardt in Dresden
Verlags-Konto 1000 Dresden

Abdruck aus mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. Unvollständige Schriftsätze werden nicht übernommen!

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tee mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekanntes vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.

Mittwoch und Sonnabend
Gesellschaftsabend

Abschluß der Genfer Arbeitstagung in Berlin

Streikgefahr im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. — Ruth Elder in Sorla gelandet.

Große Kosten, kleine Ergebnisse.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. Okt. Die Teilnehmer an der Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die nun abgeschlossen ist, dürften heute die Reichshauptstadt verlassen, nachdem sie noch gestern abend Wäite des Reichspräsidenten waren. Es ist notwendig, nunmehr kritisch auf diese Tagung zurückzublicken. Zunächst: Diese Tagung war sehr teuer, teuer für das Reich, das durch das Reichsarbeitsministerium eine sehr umfangreiche Vorbereitungsarbeit hatte betreiben lassen. Man hat den auswärtigen Teilnehmern an Unterhaltung, Bewirtung und Gastfreundschaft geboten, was auch immer in Menschenkenntnis stand. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, wenn der Aufwand in irgendwelchem Verhältnis zu dem praktischen Ergebnis gestanden hätte. Ist man jedoch diese Anzahl von Vollen und Nichtvollkommenheiten dieser Dinge noch einmal an sich vorüberzudenken, dann kann man sich kaum ein Urteil bilden, das nicht erwidert, das zu entziehen steht, wenn Dinge freier und nur zur Menschheit geboren sind. Gewiß, man hat die Tagungsdauer der nächsten Konferenz beschließen (Wiederholungsbesitzung und Unfallversicherung). Man hat für 1929 eine allgemeine Arbeitskonferenz mit dem Thema „Eingeborenenschwandarbeit“ festgelegt, neben der Marinekonferenz, die bereits gehalten ist. Doch bleiben selbst bei diesen mageren Ergebnissen noch wichtigere Fragen offen. Der Erfolg bezüglich der Verhandlungen über die Weltwirtschaftskonferenz war sehr gering.

Das Hauptthema dieser Gesamtagung schien für das Arbeitsamt zu sein: Wie wahre ich meine Kompetenzen und wie mache ich meine Existenzberechtigung glaubhaft? Genau so, wie sich um den Völkerverbund herum eine ganze Beamtenbürokratie kristallisiert hat, die ängstlich ihre Einkünfte hütet, so hängt auch am Arbeitsamt ein umfangreicher Apparat, dessen Hauptaufgabe darin liegt, daß er „seinen Mann ernährt“. Es ist nicht sehr freundlich, dies auszusprechen, aber es ist notwendig.

Drei Viertel der gehaltenen Reden waren Deklamationen im Völkerverbundjargon.

so daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ feststellt, die Mehrheit aller Reden hätte sehr viel billiger, besser und schneller durch einige Telephongespräche erledigt werden können. Hierbei ist es besonders der französische Arbeitervertreter Jouhaux und der kürzlich sogar von der Antierbamer Internationale abgelagerte Herr Dubogues hervor. Bei aller prinzipiellen Gegnerschaft zu dem deutschen Arbeitervertreter, dem Gewerkschaftssozialisten Hermann Müller, muß zugestanden werden, daß er im Niveau, wenn auch nicht in parlamentarischer Routine und Wendigkeit, sehr

viel höher stand als seine ausländischen Kollegen. Schließlich ist noch zu vermerken, daß

In der Sprachenfrage alles beim alten geblieben ist.

Es ist an dieser und an vielen Stellen immer mehr von neuem gefordert worden, daß Deutschland in diesem Punkte mit Frankreich und England gleichgestellt werden muß. Bemerkungen in dieser Richtung scheinen nicht einmal versucht worden zu sein. Dem Reichsarbeitsministerium, das von dieser Tagung die meiste Last und Mühe gehabt hat, gebührt Dank in dieser Beziehung. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland alles tun mußte, um seinen Fonds an ausländischen Sympathien so groß als möglich zu machen. Es hat dies in diesem leider wenig produktiven Falle mit großer Umsicht und Gründlichkeit befolgt.

Der Verwaltungsrat im Berliner Rathaus.

Berlin, 15. Okt. Oberbürgermeister Böß und Stadtpersonenratgeber Sah empfingen an der Spitze der städtischen Körperschaften gestern abend im Foyer des Berliner Rathauses den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Oberbürgermeister Böß hielt eine Rede, in der er u. a. ausübte: Die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes fällt heute in eine Zeit, in der sich die Wirtschaft aller Völker infolge des Krieges mehr oder weniger in Unordnung befindet. In eine Zeit, in der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vielerlei große Sorgen haben in allen Ländern der Welt. Jedes Volk wird auf dem Standpunkt stehen, daß seine Sorgen die ersten sind, denen abgeholfen werden muß, und doch wird man sagen müssen: Eine Sorge ist unter allen Umständen die wichtigste, die über unsere ganze Erde hinweg Beachtung finden müßte: Das ist die Sorge um die Menschen selbst. Wenn die Völker der Erde lernen werden, ihre Menschen zu pflegen, als das kostbare Material, das ihnen anvertraut ist, wenn sie miteinander darüber einig sein werden, daß diese Menschen weder in dem einen noch in dem anderen Falle, weder in diesem oder in jenem Klima, weder unter diesen oder unter jenen Arbeitsverhältnissen so behandelt werden dürfen, daß sie ihre Arbeitskraft und die Freude am Leben einbüßen, dann wird die wahre Grundlage der Völker gefunden sein, auf der der Friede gedeihen kann, und es wird die Kultur die Stelle einnehmen, die ihr von dem Standpunkt der Gerechtigkeit und der gleichmäßigen Menschenfreundlichkeit auf dieser Welt gebührt.“ Dr. Böß schloß mit einem Hoch auf die Gäste.

Der Präsident des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, Fontaine, erwiderte auf die Rede des Oberbürgermeisters und gab seiner Bewunderung für die Leistung des neuen Berliner Ausdruck. Es genüge nicht die Nationalisierung der Maschinenkräfte, sondern es werde sich künftig auch handeln müssen um die Nationalisierung der Menschenkraft. Leben, Freiheit und Freiheit für den Arbeiter seien es, die der modernen Industrie den wahrhaften stiftlichen Zweck geben könnten.

Will Herr Braun ein Tänczchen wagen?

Das Reichschulgesetz ist keine Wahlparole für die Linke. Darum wird Preußen die Krise in der Schulfrage schwerlich auf die Spitze treiben wollen. Die Mehrheit der christlichen Elternschaft, die lange genug auf die endliche Sicherung ihrer Rechte an der Schule gewartet hat, ist zu groß. Zudem würde auch der Schlußsatz: „Für oder wider das Reichschulgesetz“ das Zentrum fester an die Rechte binden, als es dem Preußengewaltigen Otto Braun lieb sein kann. Denn er braucht das Zentrum für seine Pläne, die Weimarer Koalition wieder fest zu stabilisieren. Das Schulgesetz wird vielmehr erledigt sein müssen, ehe der preussische Ministerpräsident seiner nicht zu betretenden Wahlfreundlichkeit die Fügel locken lassen kann. Das wird man auch bald in den übereifrigen Kreisen einsehen, die zunächst noch in der kritischen Zulassung der Schulfrage nur einen willkommenen Anlaß sehen, Krisengespenker für das Reichskabinett an die Wand zu malen, und, wie schon so oft, die Aktionsfähigkeit dieses trotz dauernder Quertreibereien erfolgreichen Arbeitskabinetts in Zweifel zu ziehen. Die ruhige Entschlossenheit des Reichskabinetts, trotz der Ablehnung im Reichsrat den Kampf um das Reichschulgesetz aufzunehmen, wird ein überiges tun, die Krisenmacher zu der Erkenntnis zu bringen, daß im Reichsrat gar nicht die Regierungsvorlage im Vordergrund gestanden hat, sondern daß die nach den preussischen und sächsischen Anträgen zugunsten der Linken abgeänderte Vorlage der Reichsratsausschüsse abgelehnt worden ist, und zwar abgelehnt vor allem von denjenigen, die hinter der Regierungsvorlage stehen, von den durch Zentrumslente und Deutschnationale vertretenen Provinzen, von Bayern und Württemberg, zugleich einiger auch von der abgeänderten Vorlage noch nicht befriedigter Oppositioneller. Wärflich kein Grund zum Jubel für die Linke. Eins ist allerdings sicher: Ein endgültiges Scheitern des Reichschulgesetzes würde das Ende der jetzigen Reichskoalition bedeuten. Und da eine andere Koalition nicht möglich ist, schon weil keine Oppositionspartei Reuegen versprechen dürfte, kurz vor den Wahlen die Verantwortung zu übernehmen, so wäre das Scheitern des Schulgesetzes gleichbedeutend mit Neuwahlen aus einem Anlaß, den die Linke schwerlich wünschen wird. Der Reichstag hat jetzt das Wort. Und wenn der Reichsrat sich dann noch einmal zu der Vorlage äußern hat, dann wird Dr. Marx als Parteivorsitzender des Zentrums wohl auch dem preussischen Zentrum einige Worte zu sagen haben, die für die endgültige Stimmabgabe Preußens im Reichsrat nicht ohne Bedeutung sein dürften, wenn Herr Braun seine Weimarer Koalition nicht aufs Spiel setzen will. Und das wird er schwerlich wollen.

Trotzdem möchte Herr Braun sein Tänczchen nur zu gern wagen, aber zu einem Zeitpunkt, der ihm paßt, und nicht mit einer Parole, die ihm gefährlich werden muß. Immerhin wird es auch bald sein sollen. Die Auswirkungen der Hamburger Wahlen drängen dazu. Seit langem hat man in Preußen gemerkt, daß die Sozialisten mit ihrer Wahlkraftung nahezu fertig sind. Man hat längere Zeit in Preußen nicht gewagt, und das hat im Verein mit der heute verhältnismäßig geringen Arbeitslosigkeit, die die Parteielassen der wieder verdienten Arbeiter reichlicher denn je fließen läßt, der Parteifolge wohlgetan. Der unbefriedigbare sozialistisch-kommunistische Wahlerfolg in Hamburg tut ein überiges, die Pläne schneller reifen zu lassen, als es sonst vielleicht der Fall gewesen wäre. Den Augenblick muß man nutzen; denn der günstige Eindruck des Wahlergebnisses auf die Wählererschaft läßt sich nicht auf Flächen ziehen, ganz besonders nicht, wenn die praktische Auswirkung der Wahl auf die Hamburger Regierungsverhältnisse diesen günstigen Eindruck wieder in das Gegenteil zu verkehren droht. Die starke Radikalisierung der Partei seit ihrer Oppositionsstellung im Reiche ist das Geheimnis ihres Hamburger Erfolges. Das geht schon aus dem gleichzeitig noch härteren Anwachsen der Kommunisten hervor. Aus taktischen Gründen müssen die Hamburger Sozialisten daher Marxismus und Radikalismus noch härter betonen. Obwohl eine absolute sozialistisch-kommunistische Mehrheit vorhanden ist, müssen sie jedoch an der großen Koalition festhalten, weil sie sonst den Kredit als Koalitionspartei beim Zentrum, das sie in Preußen und nach ihrer Rechnung künftig auch im Reiche brauchen, verlieren würden. Auf der anderen Seite aber weigern sich die bürgerlichen Partner der großen Koalition, die Sozialisten, obwohl diese über 68 gegenüber den 84 Mitgliedern der bürgerlichen Koalitionsparteien verfügen, härter als zu gleichen Teilen am Senat zu beteiligen, weil sie sich nicht bedingungslos einer sozialistischen Mehrheit unterwerfen

Die Aussichten des Reichschulgesetzentwurfes.

Meinung der Berliner Presse.

Berlin, 15. Okt. Die Blätter nehmen zur Ablehnung des Reichschulgesetzentwurfes ausführlich Stellung und beschäftigen sich mit seinem weiteren Schicksal. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, die Ablehnung des Reichschulgesetzes habe allgemein überrascht. Im Laufe der weiteren Entwicklung wird sich sicher an dem Gesetz noch manches ändern. Die Deutsche Volkspartei sei der Ansicht, daß in der Zeit verfassungsmäßig der Gemeinshaftsschule eine gewisse bevorzugte Behandlung zukomme, und sie lege ferner Wert darauf, daß die Sicherung der Simultanschule noch stärker werde, als es in dem Regierungsentwurf der Fall sei.

Die „Germania“ bezeichnet die Ablehnung des Entwurfes als ein Zwischenstück. — Der „Volksanzeiger“ weist darauf hin, daß durch die Ablehnung des Entwurfes durch den Reichsrat die Lage der Regierung erleichtert worden sei. — Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, der Reichsrat habe sich durch seinen Beschluß selbst ausgeschaltet.

Die „Kreuzzeitung“ meint, die Zeit der Generalangriffe sei noch nicht vorüber, aber in den Vordergrund werde mehr und mehr der Kampf um die Einzelheiten treten. — Die „Börsezeitung“ rechnet mit einiger Bestimmtheit damit, daß ein Kompromiß mit dem Zentrum und den Deutschnationalen einerseits und der Deutschen Volkspartei andererseits zustande kommt, und daß der Reichsrat in einem solchen Stadium der Entwicklung dem Zustand des Reichschulgesetzes keine weiteren Schwierigkeiten in den Weg legen werde.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, es sei rätselhaft, wie die Reichsregierung jetzt ihrem ursprünglichen Entwurf

zur Annahme verhelfen wolle, dem zweifellos fast alle deutschen Länder und die Mehrheit des deutschen Volkes widersprechen. An dem verfassungsmäßigem Charakter der Vorlage sei nicht zu zweifeln. Der Staatsgerichtshof werde sprechen müssen. Es wäre aber ungewöhnlich, ihn erst anzurufen, nachdem Monate voll mühsamer und aufregender Verhandlungen verstrichen sind. Es empfiele sich deshalb, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes sofort einzuholen.

Der „Vorwärts“ meint, es bedeuere eine harte Zumutung an das Parlament, wenn man von ihm die Annahme eines Entwurfes verlange, wie beim Reichschulgesetz. Sicher sei es keineswegs, daß auch nur eine einfache Mehrheit für das Schulgesetz in seiner vorliegenden Form zustande komme. Der Weg zu einem Kompromiß, das wenigstens die Länder befriedige, sei durch die Reichsratsbeschlüsse erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

15. Okt. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt zur Ablehnung des Schulgesetzes im Reichsrat: Das Ergebnis der Reichsratsberatung zeigt, der Reichsregierung aufzuweisen, daß sie sich in der Schulfrage auf falschem Wege befindet. Es geht eben nicht an, einen Gesetzentwurf, der die kulturelle Entwicklung der Nation auf Jahrzehnte hinaus bestimmen soll, gegen den Willen weiter Volkskreise durchsetzen zu wollen. Wäre die Regierung gut beraten, so hätte sie diesen Augenblick genutzt, ihren Entwurf zurückzuziehen. Leider hat nun aber das Reichskabinett beschloffen, den Entwurf doch einzubringen. So bleibt nur die Hoffnung, daß der Reichstag den Entwurf von Grund aus ändert, oder, falls er das nicht tut, ein harter liberaler Wille das Scheitern erzwingen wird.